

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 82 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

## Aus den Inhalt:

Auch Dr. Kreißl  
bricht mit Henlein

Auch im Turnverband  
Generalreinigung

Milčoch zum Handelsminister  
vorgeschlagen

Die Verhandlungen über die  
Bergarbeiterforderungen

17. Jahrgang

Dienstag, 7. Dezember 1937

Nr. 287

## Der Sowjetgesandte in Athen flüchtet nach Frankreich

Paris. (Savas.) Der Leiter der sowjetrussischen Gesandtschaft in Athen Alexander Barmin hat seinen Rücktritt erklärt. Er hat die Beziehungen mit seiner Regierung abgebrochen und sich nach Frankreich begeben.

Barmin hat an den Zentralausschuß der Liga für Menschenrechte ein Schreiben gerichtet, in welchem es u. a. heißt:

„Die Moskauer Prozesse riefen in mir Verärgerung und Entsetzen hervor. Es war mir nicht möglich, die Hinrichtung der alten Führer der Revolution gutzuheißen, trotz den Bestäubnissen, mit denen sie nicht sparten.“

Die Ereignisse der letzten Monate lassen keinen Raum mehr für Illusionen. Im Dienste der Regierung Stalins verbleiben, das hätte für mich das Versinken in die tiefste Demoralisation bedeutet, das hätte mich für meinen Teil mitverantwortlich gemacht für die Verbrechen, die Tag für Tag an dem Volk meines Landes begangen werden. Es wäre Ferrat an der Sache des Sozialismus gewesen, der ich mein ganzes Leben geweiht habe.

Ich gehorche meinem Gewissen und breche mit dieser Regierung. Ich bin mir im Klaren über die Gefahren, denen ich mich damit aussetze. Ich unterzeichne meine eigene Todesurteil und sehe mich den Anschlügen der gedungenen Mörder aus. Diese Vorstellung vermag in keiner Weise die Linie meines Handelns zu ändern. Ich verzichte auf die Wohltat der diplomatischen Immunität und bin nur noch ein politischer Flüchtling, der sich unter den Schutz der Gesetze und der öffentlichen Meinung des Landes stellt, dessen Gastfreundschaft er genießt. Ich habe meinem Gewissen gehorcht in der Ueberzeugung, dadurch mehr denn je den Ideen Treue zu erzeigen, denen ich mein ganzes Leben hindurch gebient habe.

Wäge meine Stimme beitragen, die öffentliche Meinung aufzuklären über ein Regime, das tatsächlich jeden Sozialismus und jede Menschlichkeit verleugnet.

## Ein gefährliches Märchen

London. (Eigenbericht.) Der Belgrader Verleumdungsrichter des Neuter-Büros wurde aus Jugoslawien ausgewiesen, weil er verurteilt worden ist für einen Bericht im „Daily Telegraph“. Dieser Bericht behandelte die Wiedergabe des Verbotes eines Radio-Mousetreffens in einer Belgrader Zeitung. In diesem Filmstreifen wird das Märchen von einem jungen König erzählt, der von seinem bösen Onkel um den Thron gebracht werden soll. Vor wenigen Monaten ist dieser Neuter-Korrespondent, sein Name ist Harrison, mit dem höchsten jugoslawischen Orden ausgezeichnet worden.

## Gesandter Masaryk bei Eden

London. Der britische Außenminister Eden empfing Montag im Foreign Office den tschechoslowakischen Gesandten Jan Masaryk, den er in längerer Unterredung über die Halifax-Reise nach Deutschland und die in London geführten Gespräche der britischen und französischen Staatsmänner informierte.

## Die Verjüngung des britischen Generalstabs

London. Der britische Kriegsminister Hoare belobte die vom oppositionellen Labour-Abgeordneten Greenwood über die kürzlich erfolgten Änderungen in der Verwaltung seines Reiches gestellte Hoare-Belobte antwortete, daß alle Änderungen erst im Jahre 1938 wirksam werden. Für diese und alle weiteren Änderungen seien Fähigkeit, Charakter und Dienstleistung für den Amt, resp. Seniorität in der Rangliste weniger in Betracht. Es sei die Absicht, die außerhalb des Kriegsdienstes im Oberkommando befindlichen mit der politischen Richtung im Ministerium in Zusammenhang zu bringen, wodurch die, welche berufen sein werden, die Truppen ins Feld zu führen, ein Höchstmaß an Verantwortung, der sie fähig aber ein Maximum an Freiheit von administrativer Detailarbeit haben werde.

## Mißtrauen gegen Stojadinović KB und Kasper

Außerungen zu seinem Rom-Besuch

Paris. (Eigenbericht.) Weit mehr als auf Warschau in der Blick der politischen Kreise auf Rom gerichtet. Man bemerkt, daß sich hinter dem glänzenden Empfang, der dem jugoslawischen Ministerpräsidenten in Rom zuteil wird, eine wohl vorbereitete Demonstration gegen Frankreich verbirgt. Die Pariser Presse bringt einstimmig zum Ausdruck, daß sie der Zusammenkunft Mussolini-Stojadinović, die am Vorabend des Besuchs Delbos' in Belgrad stattfindet, kein Vertrauen entgegenbringen kann, namentlich wenn sie den theatralischen Empfangszeremonien die gebührende Schreibweise entgegenhält, welche die faschistische Presse Frankreich und England gegenüber anwendet. Bei allem Mißbehagen, das man Stojadinovićs Extratouren gegenüber empfindet, glaubt man angesichts der innerpolitischen Opposition in Jugoslawien nicht an ein konkretes Ergebnis der Reise. Es verlautet im übrigen, daß selbst im jugoslawischen Kabinett über die Komposition der Meinungsdifferenzen herrschen. Der Innenminister Korodoc stimmte ihr nur unter der Bedingung bei, daß die Frage der slowenischen Minderheit in Italien in Rom zur Sprache käme. Man er-

innert sich dabei, daß Korodoc bei Gianoß letztem Besuch in Belgrad allen offiziellen Empfängen ferngeblieben ist.

## Auch in London Mißtrauen

London. (Eigenbericht.) In Paris verläutet zur Reize des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinović nach Rom, daß Italien sich bemühen werde, den Beitritt Jugoslawiens zum Antikominternpakt durchzusetzen. Es sei aber kaum anzunehmen, daß Stojadinović diesen Vorschlag annehmen könne, da er mit einer Stärkung der demokratischen Opposition zu rechnen habe, die seiner zweideutigen Außenpolitik mit schärfstem Mißtrauen gegenübersteht.

## Italien vor der Pleite

London. (Eigenbericht.) Neue schwere Steuern werden in Italien als unausweichlich angesehen. Die zwei bisher beschlossenen Vermögensabgaben — die eine vom Grundbesitz, die andere vom Altientkapital — reichen nicht hin, das Defizit im Staatshaushalt zu decken. Dieses Defizit ist auf das Weitrücken und auf die Ausgaben für Abessinien zurückzuführen. Auch die Handelsbilanz Italiens ist außerordentlich ungünstig. Ihr Defizit ist in den ersten zehn Monaten fast 30 Millionen Pfund, also fünfmal so groß wie im Vorjahr.

## Polens Politik:

## Im Frieden Deutschlands Freund, im Kriege Verbündeter Frankreichs

Das Ergebnis der Delbos-Reise

London. (Eigenbericht.) Kurz vor seiner Abreise aus Warschau erklärte Delbos, daß bei seiner kürzlichen Unterredung mit Neurath die Möglichkeit direkter deutsch-französischer Verhandlungen ins Auge gefaßt worden sei, ohne daß aber die Details für eine solche Zusammenkunft festgelegt wurden. Andererseits soll Neurath bei diesem Gespräch mitgeteilt haben, daß die Kolonialfrage nach Deutschlands Auffassung nicht innerhalb eines größeren Gesamt-Zusammenhanges zur Erörterung kommen dürfe. Deutsches Recht auf Kolonien als Ausdruck der Gleichberechtigung Deutschlands müsse unabhängig von den anderen Fragen der internationalen Politik anerkannt werden. Es ist unter diesen Umständen schwer zu sagen, wie die Verhandlungen weitergeführt werden können, da England und Frankreich in der Mitteilung nach den Londoner Besprechungen die Kolonialfrage ausdrücklich als Teilproblem einer europäischen Gesamtregelung bezeichneten. Auch aus innerpolitischen Gründen wäre es der britischen Regierung nicht leicht, eine andere Vorgangsweise zu akzeptieren und auf deutsche Gegenzustimmungen zu verzichten.

Ueber die Unterhandlungen in Polen selbst sprach sich Delbos sehr bekräftigt aus. Die Stimmung in Warschau ist unabweisbar besser als in den letzten Jahren, besonders weil man in polnischen Regierungskreisen den Eindruck hat, daß Paris den Pakt mit der Sowjetunion zwar nicht preisgibt, aber in den Hintergrund rücken läßt. Doch eine Kündigung des Paktes nicht geplant ist, hat Delbos dem Warschauer Geschäftsträger der Sowjetunion und dem polnischen Außenminister Bed ausdrücklich erklärt. Eine greifbare Besserung des Verhältnisses zwischen Paris und Warschau ist jedoch nur in zwei Punkten festzustellen: Polen erhält von Delbos auf Grund der Londoner Gespräche die Zusicherung, daß Hitler in Osteuropa nicht auf britisch-französische Duldung rechnen dürfe und Polen von allen etwaigen Verhandlungen über einen Westpakt beteiligt sein würde. Bed gab seinerseits die Zusicherung ab, daß Polen dem sogenannten Antikominternpakt nicht beitreten werde.

## In Londoner Kreisen meint man, Polen sei im Frieden Deutschlands Freund und im Kriege Frankreichs Bundesgenosse.

Für den ersten Teil dieses Satzes liegt eine neuerliche Bestätigung insofern vor, als Polen die französische Vermittlung im Verhältnis zu Prag ausgeschloffen hat. Die verschiedentlich gestellten Fragen, ob Delbos auch Budapest besuchen werde, hat er geschickt beantwortet. Er erklärte, er werde Budapest auf der Reise von Belgrad nach Prag so früh morgens passieren, daß er nicht erwarten könne, der ungarische Außenminister könne zu so früher Stunde am Bahnhof sein.

In der Presskonferenz auf der französischen Botschaft richteten die Journalisten an Minister Delbos zahlreiche Fragen, so u. a. über das Verhältnis Polens zum Antikominternpakt, über das Verhältnis zur Tschechoslowakei etc. Minister Delbos betonte, daß er auf diese Fragen als Gast nicht eingehen könne und daß die Belohnung des Refraktärs seiner Warschauer Gespräche Sache des Ministers Bed und der polnischen Regierung sei.

Ueber die Begegnung mit Reichsaußenminister von Neurath auf dem Bahnhof in Berlin befragt, bemerkte Delbos, daß die Bedeutung dieser Begegnung nicht überschätzt werden dürfe, obwohl er von dieser Höflichkeitseste angenehm überrascht war.

## Kein Aufenthalt in Budapest

Budapest. Außenminister Delbos erklärte dem Sonderkorrespondenten des „Magyar Ország" in Warschau, er werde seine Reise von Belgrad nach Prag in Budapest nicht unterbrechen können. Obwohl er von einer Zusammenkunft mit dem ungarischen Außenminister von Rampa erfreut gewesen wäre, könne er doch nicht erwarten, daß dieser zu so früher Morgenstunde, zu der die Durchreise durch Budapest erfolge, am Bahnhof erscheine. Delbos versicherte den ungarischen Journalisten seiner Sympathie für Budapest und Ungarn.

## KB und Kasper

Selbst wenn man nicht geneigt ist, die Bedeutung der Nachrichten über die Vorgänge in der SDP zu überschätzen, muß man zugeben, daß der Fall Kasper die bisher stärkste Erschütterung dieser größten deutschen Partei herbeigeführt hat; er hat zusammen mit anderen Ereignissen überdies die strategische Kunst des „Führers“ geoffenbart, und die Erlebigung des Falles Kasper durch die Parteiführung scheint nicht das Ende, sondern eher der eigentliche Anfang der Wirren innerhalb der SDP zu sein.

Der Kameradschaftsbund, der die Führung der SDP in der Hand hat, ist zwar, gemeinsam mit dem jüdisch-liberalen „Montagsblatt“, eifrig bemüht, die zahlenmäßige Bedeutung des Kasper-Haidereises abzuliefern, der sich um den „Aufbruch“ gruppiert. Es ist aber fraglich, ob nicht lediglich der heiße Wunsch Henleins der Vater dieser Verkleinerungsphantasien ist.

Henlein hat vor mehr als dreißig Jahren Rudolf Kasper wieder in die Parteiführung nehmen müssen. Wäre Kasper der bedeutungslose Mann gewesen, als den man ihn jetzt hinstellt, hätte sich der Kameradschaftsbund seinerzeit wohl nicht dazu herbeigelassen, mit ihm Frieden zu schließen. Kasper und Kreißl — und wohl auch Dr. Jona — kamen als Gegengewicht gegen die SDP-Leute in den Führungsrat und ihre Verurteilung durch Henlein sollte die „Aufbruch“-Opposition verbieten. Seit dieser Verurteilung hat sich das Ansehen des Kameradschaftsbundes im völkischen Lager durchaus nicht gehoben, andererseits ist jedoch der „Aufbruch“-Kreis ständig gewachsen. Der Streich, den Henlein gegen die Opposition führt, entspringt also nicht dem Machtbewußtsein des „Führers“ und noch weniger seiner — ohne dies nicht vorhandenen — männlichen Entschlossenheit, sondern er ist lediglich der Ausdruck für die Tatsache, daß die Opposition das Revolverfaß hatte und klare Entscheidungen forderte. Sie mußte befürchten, durch die Aufrechterhaltung des unklaren Verhältnisses vor ihrer Gesellschaft moralisch diffamiert und für die Sünden der Parteiführung mitverantwortlich gemacht zu werden. Daß sie Henlein jetzt zwingt, ihr den Feldherrnschuh hinzuzwerfen, war ein ausgezeichnetes taktisches Manöver. Durch die Ausnützung der im Volk mehr als unpopulären Ruthen-Affäre hat sie weit über ihren unmittelbaren Anhang hinaus das Vertrauen der völkischen Subtendentschen zur SDP und insbesondere zu Konrad Henlein erschüttert. Zum ersten Male wagt es die Opposition, außer dem Kameradschaftsbund auch den „Führer“ anzugreifen und auszubringen, daß er in Wahrheit ein Gefährter ist. Der „große“ Mann, den die völkischen Anstrengungen wahren Führertums nicht gewachsen, kann oder will nicht mehr der Repräsentant des gesamten völkischen Subtendentschums sein, sondern hat sich nunmehr auch nach außen hin jenseitig Kameradschaftsbund untergeordnet, der seit jeher für ihn denkt und durch ihn handelt.

Der Kameradschaftsbund hatte innerhalb der SDP einen starken Anlauf zur sozialen Demagogie genommen. Aber es wurde allzu rasch klar, daß die SDP eine Fabrikantenpartei, daß sie eine Schuttruppe des jüdisch-deutschen Unternehmertums ist. Es gelang ihr nicht, in den Arbeitern Vertrauen zur „sozialen Mission“ der Volksgemeinschaft zu wecken. Auch das fortwährende Schwanken zwischen der Loyalität zu Berlin und jener zu Prag, einerseits ein Ergebnis des Kampfes zwischen dem KB und dem „Aufbruch“-Kreis, andererseits Ausdruck der politischen Hilflosigkeit des SDP-Führerkreises, hat dessen und der Partei Ansehen nicht gemehrt. Auf dem Gebiete der sozialen Demagogie ist Herr Kasper weit eher zu Hause als der abnungslöse Henlein und die pfiffigeren Kameradschaftsbündler sind; diese, der ländlichen oder verarbeitenden, erblichen in der Arbeiterschaft ein Objekt ihres gottbegnadeten Führer-Handelns; von ihnen zu erwarten, daß sie der Arbeiterschaft mehr zubilligen als das Recht einer unbedingten „ja“-sagenden Volksgemeinschaft, hieße den KB-Leuten den Sprung über ihren eigenen Schatten zumuten. Das weiß die Richtung Kasper, das ist ihre Stärke. Ihr glaubt man die Arbeiterschaft weit eher als dem KB und seinem Henlein. Und überdies hat Kasper noch von seinem Wirken in der NSDAP her eine alte Arbeitergefollenschaft. Seine soziale Demagogie operiert aus dem Boden der starken völkischen Ge-







# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die Verhandlungen über die Bergarbeiterforderungen

Brag. Montag wurden im Ministerium für öffentliche Arbeiten die Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter zwischen den Vertretern der Unternehmer und den Vertretern der Bergarbeitergewerkschaftsorganisationen fortgesetzt. Die Verhandlungen wurden bisher nicht abgeschlossen und werden Dienstag fortgesetzt werden.

## Ursachen der Landwirtschaftsverschuldung

(a. H.) Bei 280 zum landwirtschaftlichen Ausgleichsverfahren angemeldeten Wirtschaften wurden die Ursachen der Verschuldung erhoben. Es gab an: Investitionen (Bauten, Meliorationen, Elektrifizierung, Maschinen), 58 Prozent; Krankheit der Familienmitglieder, häufig langjähriges Leiden, 33 Prozent; Elementarlastkatastrophen, oft sich mehrere Jahre wiederholend, 32 Prozent; Umstehen der Haustiere (Pferde, Milchvieh, Vorstevieh), 31 Prozent; Ainderreichtum (mehr als vier Kinder), 25 Prozent; Verschuldung (durch Nichtzahlung und eigene Schuld), 16 Prozent; hohe Uebertragungsgebühren, 15 Prozent; Auszahlung an Verwandte bei Uebernahme der Wirtschaft, 15 Prozent; Kriegsschäden und Erneuerung der Wirtschaft nach dem Kriege, 8 Prozent; Uebernahme schon verschuldeter Wirtschaften, 7 Prozent; bei Versteigerung von Zwangsbesitz nicht genügende Nebenbeschäftigung, 6 Prozent; Bürgschaft für die Kinder und Verwandte, 5 Prozent; zu intensive Bewirtschaftung, 5 Prozent; Bürgschaft für andere Personen, 4 Prozent; Lebensaufwand, 4 Prozent; hohes Geldeausgabendeckel, 4 Prozent; Abgabe aus dem Besitz, 4 Prozent; unglückliche Ehe, 2 Prozent; unwürdige hoher Pachtzahlung, 2 Prozent; Streitigkeiten und andere verschiedene Ursachen, 6 Prozent. Diese Zahlen zeigen eindringlich, daß es nicht genügt, eine landwirtschaftliche Entschuldungsaktion durchzuführen. Es ist vielmehr erforderlich, der Verschuldung vorzubeugen durch Maßnahmen zu treffen. Der hohe Prozentsatz der Kreditschulden erweist die Vertiefung der Aufklärungsarbeit in dieser Richtung für unbedingt nötig. Das Versicherungswesen müßte mit Beschleunigung von Staats wegen einer Regelung zugeführt werden. Die Notwendigkeit eines Pächterausgleiches geht auch aus dieser Erhebung wieder hervor. Nur durch weitgehende Beseitigung der Verschuldungsursachen wird dieser wirkungsvoll begegnet werden können. Interessant ist, daß in den erhobenen Fällen nicht erwähnt wurde, daß die Landwirtschaftsverschuldung auf agrarischer Seite bekanntlich immer wieder angeführt wurde. Nur bei Kleinlandwirten führte der Ausfall ihrer industriellen Nebenbeschäftigung zum wirtschaftlichen Ruin.

## Hunderttausend Privatangestellte demonstrieren

Die 250 vom Einzelhändler der Privatangestellten am Sonntag in der Republik abgehaltenen Versammlungen haben einen glänzenden Verlauf gehabt. Wie waren sehr gut besucht, zahlreiche überfüllt. Man zählte im ganzen etwa 100.000 Teilnehmer. Die große Kundgebung für das Lebensrecht der Privatangestellten protestierte deren Anspruch auf einen gerechten Anteil an den Früchten der guten Konjunktur. Sie verlangte eine unmittelbare wirksame Hilfe für die Privatangestellten in ihrer bereits unerträglichen wirtschaftlichen Misere. Als Formen einer solchen Hilfe wurden eine allgemeine zeitgemäße Gehaltsregelung und eine ausreichende Teuerungszulage bezeichnet. Die Versammlungen sprachen sich ferner nachdrücklich für die rasche Durchführung einer Reihe sozialpolitischer Reformen und wirtschaftspolitischer Maßnahmen aus. Unter den letzteren wurden besonders eine mit allen Mitteln zu betreibende Exportförderung und großzügige weitgehende Investitionen genannt. Diese Mittel, sagte man, enthielten die Möglichkeit, innerhalb unserer Wirtschaft eine wirkliche Friedenskonjunktur zu entwickeln und sie für längere Zeit zu erhalten.

Man erhält für	Kö
100 Reichsmark . . . . .	618.—
100 Reichsmark . . . . .	672.50
100 österreichische Schilling . . . . .	528.50
100 rumänische Lei . . . . .	16.05
100 polnische Słoty . . . . .	503.50
100 ungarische Pengö . . . . .	550.50
100 Schweizer Franken . . . . .	656.—
100 französische Francs . . . . .	95.95
1 englische Pfund . . . . .	141.—
1 amerikanische Dollar . . . . .	28.30
100 italienische Lire . . . . .	120.40
100 holländische Gulden . . . . .	1577.—
100 jugoslawische Dinare . . . . .	63.05
100 Belgas . . . . .	482.50
100 dänische Kronen . . . . .	630.—
100 schwedische Kronen . . . . .	729.—

halten. Das Ziel aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen müsse vor allem die Hebung der Verbrauchskraft der Massen sein. Ohne eine solche gebe es keine wirkliche Gesundung unserer Wirtschaft.

## Der Kohlenverbrauch der Industrie

An der Entwicklung des Kohlenverbrauchs der Industrie läßt sich die Lage der Wirtschaft mit einiger Zuverlässigkeit feststellen. In den letzten Monaten hat sich der Kohlenverbrauch der tschechoslowakischen Industrie bedeutend erhöht. Stellen wir die Kohlenbestände der ersten neun Monate des Jahres 1937 der gleichen Zeit des Jahres 1935 gegenüber, so ergibt sich das folgende Bild. Es betrug der Kohlenverbrauch in Tonnen:

	Jänner bis September	1937	1935
Bergwerke	143.400	93.400	
Eisen- und Hüttenwerke	3.090.000	1.681.500	
Maschinenwerkstätten	282.300	145.800	
Elektrizitätswerke	1.126.200	980.000	
Waldwerke	203.400	162.000	
Zuckerfabriken	441.500	283.200	
Chemische Industrie	561.100	362.300	
Bierbrauereien	216.900	144.800	
Spiritusbrennereien	120.300	86.100	
Glaskabriken	347.600	260.500	
Porzellanindustrie	99.400	76.000	
Steingüter	276.900	160.500	
Baumaterialienindustrie	76.400	59.000	
Zementfabriken	311.300	241.400	
Textilindustrie	712.200	509.600	
Wolle, Papier, Zellulose	416.800	298.500	
verschied. Industriebranchen	690.000	684.000	
Gesamtliefer. an Industrie	9.281.400	6.298.500	

Gegenüber dem Jahre 1935 hat sich demnach der Kohlenverbrauch der tschechoslowakischen Industrie um knapp drei Millionen Tonnen oder um annähernd 33 Prozent erhöht. Die bei weitem verhältnismäßig stärkste Zunahme verzeichnet die Maschinenindustrie. Von 145.800 Tonnen hat ihr Kohlenverbrauch auf 282.300 Tonnen, also um nahezu 100 Prozent, zugenommen. Fast ebenso hoch ist die Steigerung bei den Eisen- und Hüttenwerken. Neben der mächtigen Zunahme des Kohlenverbrauchs der Gasanstalten bleibt auch die Verbrauchsteigerung der Glas- und der Porzellanindustrie hinter dem Durchschnitt zurück. Der Verbrauchsteigerung an Kohle steht eine erhebliche Zunahme der Steinloshförderung gegenüber, die besonders in den Herbstmonaten dieses Jahres eine neue Rekordhöhe erreicht hat.

**Ankauf und Uebernahme der Bahn Reichenberg—Grottau.** Am 2. und 3. Dezember wurden die meritorischen Verhandlungen betreffend die Uebernahme der Eisenbahnstrecke Reichenberg—

## Ergebnislose Verhandlungen zwischen A. F. of L. und C. J. O.

**New York.** (Havas.) Der Leiter des Ausschusses für die Industrieorganisationen John Lewis und der Vorsitzende der amerikanischen Arbeitvereinigungen, William Green, deren Organisationen bekanntlich lange Zeit hindurch gegeneinander einen harten Kampf führten, hielten Donnerstag nachmittags eine gemeinsame Beratung ab, in welcher die Möglichkeit einer Verbindung dieser beiden großen Arbeiter-Gewerkschaftsorganisationen besprochen wurde. Die Konferenz dauerte den ganzen Tag und wurde am Freitag fortgesetzt. Sie endete jedoch ohne Einverständnis oder eine Empfehlung für eine gemeinsame Front. Neben die vorangegangenen Verhandlungen berichtet die Korrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

(ZWB) Nachdem die während des Amerikanischen Gewerkschaftskongresses vereinbarte erste Besprechung einer Abordnung von zehn Vertretern des Komitees für Industrielle Organisation (C. J. O.) mit drei Vertretern des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) stattgefunden hatte, wobei die beiden Parteien sozusagen ihre Höchstforderungen unterbreiteten, wurde eine weitere Sitzung für den November vereinbart.

Diese Sitzung hat stattgefunden und vier Tage gedauert. Es wurden verschiedene Versuche gemacht, um an das eigentliche Problem, die organisatorische Frage, heranzukommen. Es wurde angeregt, für die einzelnen Verbände, auf deren Boden es zwischen dem C. J. O. und der A. F. of L. zu Grenzstreitigkeiten gekommen ist, Komitees einzusetzen (d. h. ungefähr 20 Komitees von je sechs Mitgliedern), die die kritischen Fragen zu behandeln haben. Es wurde über die Frage der Rückkehr der früher der A. F. of L. angehörenden Verbände und die Eingliederung der neuen Verbände des C. J. O. gesprochen. Ferner über das Problem, welche Industrien auf alle Fälle für Industrieverbände in Frage kommen.

In allen diesen Punkten wurden — wie von beiden Seiten übereinstimmend mitgeteilt wird

— kein Einverständnis und keine entscheidende Annäherung erzielt.

„United Mine Workers Journal“ (U. M. W. J.), das Organ von J. Lewis, ist besonders pessimistisch und sagt, daß „wenig oder gar keine Fortschritte für eine friedliche Schlichtung des Konfliktes erzielt wurden“. Beide Parteien, so heißt es, „sprengen den Wunsch für eine Beilegung des Konfliktes aus; das ist jedoch der ganze Fortschritt, der erzielt wurde“. „Die Frage des Industrieverbandes ist immer noch die große Streitfrage“, sagte W. Murray, der Vorsitzende des C. J. O. Das U. M. W. J. sagt in diesem Zusammenhang weiter: „Das C. J. O. hat nicht die leiseste Absicht, von diesem Prinzip abzuweichen.“

Das Blatt weist in diesem Zusammenhang auf, inwiefern die drei Vertreter der A. F. of L. überhaupt beschlußfähig seien. Solange sie nicht die Befugnis hätten, bindende Beschlüsse zu fassen (was von den Vertretern des C. J. O. bestritten wird), müßte irgendwelche Abmachung der Exekutive der A. F. of L. unterbreitet werden: „Die Exekutive steht jedoch dem C. J. O. äußerst feindlich gegenüber, und es besteht nicht die Möglichkeit, daß es das Vorgehen seiner Vertreter bestätigen würde. In diesem Falle wäre ein Uebereinkommen lediglich ein Papierfetzen.“ Demgegenüber wird, was die Vertreter des C. J. O. betrifft, gesagt, daß sie alle Vollmachten erhalten hätten, um ein definitives und bindendes Uebereinkommen anzunehmen.

Zum Schluß heißt es: „Alles deutet darauf hin, daß die Besprechungen eine langwierige Angelegenheit sein werden, die sich während Wochen oder Monaten hinziehen kann.“

Harryson, der Vorsitzende der Delegation der A. F. of L., sagte nach Schluß der Tagung: „Wenn Menschen ein großes Haus bauen, so nimmt die Arbeit ihren Fortgang, es dauert jedoch eine gewisse Zeit, bis dieses Haus fertiggestellt ist.“

Die Besprechungen wurden dann am Anfang Dezember vertagt.

Das Geschenk dieses Jahrhunderts ist Radio, das Geschenk dieses Jahres ist ein Gerät SYSTEM TELEFUNKEN - Ein solcher Apparat mit dem wunderbaren Klang, wie Sie ihn noch nie gehört haben, bereitet Ihnen und Ihren Lieben Tag für Tag die grösste Freude.

**SONG** der vollendete Volkssuper **Kö 1.660**

**ANIE** der bewährte und modern ausgestattete Superhit **Kö 2.700**

**HYMNUS** der Grosssuper mit allen Vorzügen, mit Sender Spiegel, Raumstrahler, - Speziallautsprecher, u. s. w. **Kö 3.190**  
Hymnus „U“ **Kö 3.490**

An dem Klang erkennst Du sie  
**RADIOTECHNA**

## Kreisparteikonferenz in Rumburg

Samstag und Sonntag lagte die Kreiskonferenz der Kreisorganisation Bodenbach-Aussig-Barnsdorf der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Berichte, die am Samstag erstattet wurden, legen davon Zeugnis ab, daß die Kreisorganisation trotz den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten zwei Jahre gewachsen ist; bei der letzten Versammlung wurden 3300 Neubeitritte erzielt. Am Sonntag erstattete der Kreisvertrauensmann Bruno Grund das politische Referat. Seinen umfassenden Darlegungen über die Innen- und Außenpolitik folgte eine lebhaft besetzte W e s e l r e d e, in der viele Delegierte zu Fragen der Parteiarbeit, der Innen- und Außenpolitik und der Sozialpolitik Stellung nahmen. Diese fruchtbare Aussprache wurde mit einer wirkungsvollen Schlußbetrachtung, des Kreissekretärs Abg. Rögler abgeschlossen, der zu allen aufgeworfenen Fragen, zu den Anregungen und kritischen Bemerkungen Stellung nahm. — Die politische Entscheidung, in welcher der Parteiführung das Vertrauen ausgesprochen wird, wurde einstimmig angenommen. Ebenso erfolgten die Neuwahlen einstimmig, durch die wiederum Bruno Grund und Franz Rögler an die Spitze der Kreisorganisation gestellt wurden. Zum Kreissekretär wurde Podzimel gewählt. — In einer begeisterten Schlußansprache würdigte der Vorsitzende Podzil das Ergebnis der Kreiskonferenz, die die Grundlagen für neue Erfolge unserer nordböhmischen Kreisorganisation schuf. Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die erhabende Tagung geschlossen.

## Gerichtssaal

### Vom Kindesmord freigesprochen

Brag. — In dem Schwurgerichtshof des OLG Dr. Vadersich war Montag ein zwanzigjähriges Mädchen des Kindesmordes angeklagt. Die Angeklagte war zuerst als Verkäuferin, dann, als sie diesen Posten verlor, als Haushilfin angestellt und wird von allen Zeugnissen als auferordentlich brav, fleißig und anständig geschildert. Der Sachverhalt ist bei solchen Prozessen stets der gleiche. Kurzes Nebenklagen, Schreden verheimlichter Schwangerschaft, an deren Ende die „Schande“ und die existenzielle Bedrohung drohen, unermutete Rückkunft und zum schrecklichen Ende die Verdächtigungsart der Mutter. In diesem Falle geschah die Lösung durch mehrere Messerstücke, die die Angeklagte ihrem Kinde kurz nach der Rückkunft beibrachte. Vor den Geschworenen verantwortete sie sich damit, daß sie nach Entfeden der Geburtschmerzen die Naze Befinnung verloren und nicht mehr gewußt habe, was sie tue. Die Geschworenen bejahten nach langwieriger Verhandlung die Schuldfrage mit sieben Stimmen, so daß die erforderliche Abstimmungsmeinung nicht erreicht wurde und der Schwurgerichtshof den Freispruch der Angeklagten verkündete.

